



Nr. 446 | 19.02.2024

Russland-Analysen

- Propaganda
- Nawalnyj

ANALYSE	
It's fake! Wie der Kreml durch Desinformationsvorwürfe die Diskreditierung von Informationen in ein Propagandainstrument verwandelt	2
Maxim Alyukov (Universität Manchester; King's College London; Public Sociology Laboratory), Margarita Zavadskaya (Finnish Institute of International Affairs; Universität Helsinki)	
KOMMENTAR	
Der Kampf um die Deutungshoheit. Deutsche Medien zu Ukraine, Krim-Annexion und Russlands Rolle im Jahr 2014	7
Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
VON DER REDAKTION	
dekoder-Special »Propaganda entschlüsseln«	9
KOMMENTAR	
Erste Gedanken zum Tod und zum Leben Alexej Nawalnys	10
Jan Matti Dollbaum (Ludwig-Maximilians-Universität München)	
STATISTIK	
Politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung in Russland	12
CHRONIK	
23. Januar – 09. Februar 2024	12

It's fake! Wie der Kreml durch Desinformationsvorwürfe die Diskreditierung von Informationen in ein Propagandainstrument verwandelt

Maxim Alyukov (Universität Manchester; King's College London; Public Sociology Laboratory),
Margarita Zavadszkaya (Finnish Institute of International Affairs; Universität Helsinki)

DOI: 10.31205/RA.446.01

Zusammenfassung

Während des Einmarsches in die Ukraine hat das Putin-Regime Desinformationsvorwürfe in ein neues Propagandainstrument verwandelt, indem es mit Hilfe des Etiketts »Fake« die Glaubwürdigkeit jedweder für das Regime problematischer Information untergräbt. Bei der Untersuchung der Auswirkungen dieser Desinformationsvorwürfe stützen wir uns auf Ergebnisse eines Online-Experiments, das in Russland durchgeführt wurde. Wir zeigen auf, dass Desinformationsvorwürfe es einem Autokraten ermöglichen, Narrative, die das Regime herausfordern, im Voraus zu diskreditieren. Die Ergebnisse verdeutlichen, wie autoritäre Propaganda sich in den neuen, gesättigten Medienräumen entwickelt und faktenbasierte Ansätze zur Propagandabekämpfung heute in Frage stellt.

Einleitung

Das politische Regime in Russland wird oft als »Informations-Autokratie« bezeichnet, wobei staatliche Propaganda eine der Säulen von Putins Herrschaft darstellt. Diese Propaganda ist zur Gewährleistung der Loyalität der Bevölkerung und zur Rechtfertigung des Krieges in der Ukraine höchst effektiv gewesen. Die Propaganda des Regimes hatte sich in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt, wobei das Regime von seinen Kritiker*innen zum Teil neue Strategien übernahm. Das Entlarven falscher Informationen ist eine Säule unabhängiger Faktenprüfung gewesen. Das Regime hat jedoch jüngst das Schlagwort »Fake News« zu einem seiner wichtigsten Instrumente gemacht, mit dessen Hilfe die Opposition oder westliche Medien diskreditiert werden sollen.

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Entlarvung falscher Informationen durch entsprechende Belege weltweit zu einer allgemeinen Praxis geworden. Journalist*innen haben unabhängige Organisationen gegründet, die sich auf Faktenchecks spezialisieren, um zweifelhafte Behauptungen genau zu überprüfen. Wissenschaftler*innen haben vorbeugende Maßnahmen entwickelt, etwa Online-Spiele und Leitfäden, um Einzelpersonen beizubringen, Fehlinformationen zu erkennen. Die Wirkung solcher Korrekturen variiert zwar in Abhängigkeit von Faktoren wie der jeweiligen politischen Überzeugung, doch zeigen Studien, dass sie im Schnitt dazu führen, dass unzutreffenden Informationen weniger geglaubt wird. Der Einsatz von überprüften Fakten gegen irreführende Informationen hat auch im postsowjetischen Kontext schnell an Zugkraft gewonnen, wobei die Zivilgesellschaft diesen Ansatz gegen autoritäre Propaganda verfolgt.

Es fehlt allerdings an Forschungsarbeiten, die untersuchen, wie Diskreditierung von Information und Faktencheck in autoritären Regimen politische Haltungen verändern, insbesondere dann, wenn sie von Autokrat*innen selbst eingesetzt werden. Ganz wie Journalist*innen neue Ansätze entwickeln, passen sich auch autoritäre Regierungen an neue Bedingungen an. Putins Regime hat spätestens seit 2017 damit experimentiert, Kritik am Regime als Desinformation abzutun. Im Zuge des großangelegten Einmarsches in die Ukraine im Jahr 2022 hat das Regime das Potenzial von Desinformationsvorwürfen vollumfänglich übernommen: Eine neue Sendung auf dem Sender »Erster Kanal« mit dem Titel »Anti-Fake« sowie ein Internetportal und ein Netz von Telegram-Kanälen unter der Überschrift »Krieg gegen Fakes« versuchen unablässig, jedwede Anschuldigung über Zerstörungen in der Ukraine oder Kritik an der Politik des Regimes als ukrainische oder westliche Desinformation abzutun.

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass diese Art der Diskreditierung eine wirksame Antwort auf die Gefahren darstellt, die sich für autoritäre Herrschaft aus dem heutigen gesättigten Medienraum ergeben. Es ist zwar nicht möglich, die Bevölkerung von alternativen Informationen in gesättigten Medienräumen zu isolieren. Desinformationsvorwürfe machen es Autokrat*innen aber möglich, auf diese Herausforderung durch regimekritische Narrative zu reagieren, indem sie vorsorglich diskreditiert werden sollen. Zur Untersuchung der Wirkung, die dieses Diskreditieren hat, stützen wir uns auf ausgewählte Ergebnisse eines Online-Experiments, bei dem Russ*innen Nachrichten und entsprechende Desinformationsvorwürfe vorgelegt wur-

den. Wir zeigen auf, dass Desinformationsvorwürfe, die in einem oppositionellen Framing erfolgen, die Glaubwürdigkeit regierungsfreundlicher Nachrichten reduzieren. Diese Prozesse vollziehen sich allerdings auch in der entgegengesetzten Richtung: Vorwürfe der Desinformation, die mit einem regierungsfreundlichen Framing erfolgen, verringern die Glaubwürdigkeit oppositioneller Nachrichtenbeiträge.

Das wirft wichtige Fragen auf. Wenn ein autoritäres Regime Vorwürfe der Desinformation als Propagandainstrument nutzen kann, um die Glaubwürdigkeit von oppositionellen Berichten zu untergraben, und dies ähnlich wirkt, wie die Diskreditierung der Glaubwürdigkeit autoritärer Propaganda durch die Opposition, dann bedeuten diese Ergebnisse eine Herausforderung für faktenbasierte Ansätze gegen Propaganda. Da eine autoritäre Regierung stets über größere Ressourcen verfügt, um zentralisiert Desinformationsvorwürfe über diverse Offline- oder Online-Kanäle zu streuen, dürfte sie dementsprechend erfolgreicher damit sein, oppositionelle Berichte zu diskreditieren, verglichen mit den Möglichkeiten der Opposition, regierungsfreundliche Propaganda zu entlarven. Auf einer stärker theoretischen Ebene stellen diese Ergebnisse die Unterscheidung zwischen falscher und wahrer Information in Frage, die den faktenbasierten Ansätzen zugrunde liegt. Das gilt sowohl für Propaganda in autoritären Regimen wie auch für Desinformation und Fehlinformationen in Demokratien. Wenn eine autoritäre Regierung die Glaubwürdigkeit von Fakten untergraben kann, die die Opposition vorlegt, ganz wie die Opposition die von der autoritären Regierung präsentierten Fakten unglaubwürdig machen kann, bedeuten diese Ergebnisse, dass die Wahrheit über komplexes politisches Geschehen nicht aus sich selbst heraus evident ist und nicht einen einmaligen Vorteil bei der Überzeugungskraft verschafft. Wirksame Ansätze gegen unzutreffende, irreführende oder tendenziöse Informationen sollten sich nicht nur auf das Identifizieren falscher Informationen stützen, sondern auch auf die Suche nach den Narrativen, die einem Framing dienen, das beim Publikum verfängt. Darüber hinaus muss eine Kultur der Fakten geschaffen werden, die das Publikum dazu bringt, Fakten wertzuschätzen und als Priorität wahrzunehmen.

Von Korrekturen durch Faktencheck zu Desinformationsvorwürfen

Die Idee von faktenbasierten Ansätzen, bei denen dubiose politische Behauptungen streng geprüft werden, ist eine verbreitete Antwort auf die massenhafte Online-Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen, die sich im vergangenen Jahrzehnt entwickelt hat. Journalist*innen haben unabhängige Organisationen gegründet, z. B. »PolitiFact«, »FactCheck.

org« oder »The Fact Checker« (Washington Post) in den USA oder »Full Fact« und »BBC Verify« (BBC Reality Check) im Vereinigten Königreich sowie in der ganzen Welt zahlreiche weitere Faktencheck-Dienste. Nachdem die Idee einer genauen Prüfung zweifelhafter politischer Behauptungen in westlichen Demokratien erfolgreich war, wurde sie auch in Ländern mit autoritären Regimen oder schwächer konsolidierten Demokratien übernommen, um gegen Propaganda vorzugehen. Indem Organisationen wie »StopFake« in der Ukraine, »FactCheck« in Georgien, »Prowereno.Media« in Russland und viele andere mehr Propaganda sorgfältig überprüfen und Belege zur Stützung oder Entkräftung von Behauptungen beibringen, ihren Wahrheitsgehalt gegen komplexe Wahrheitsskalen prüfen, sie als wahr oder falsch kategorisieren, stützen sie sich auf dieses Faktencheck-Format, um russische Propaganda zu prüfen.

Nach dem Aufstieg der faktenbasierten Ansätze zur Bekämpfung von Propaganda hat sich allerdings auch die autoritäre Propaganda weiterentwickelt. Autokrat*innen in China, vielerorts in Asien sowie in Russland haben schnell das gleiche Format übernommen, wobei eine Diskreditierung, gefolgt von einigen »Belegen«, als Propagandainstrument eingesetzt wird. In Russland ist diese Technik besonders markant entwickelt worden. Putins Regime hat die vergangenen fünf Jahre mit der Idee experimentiert, Kritik am Regime als Desinformation zu »entlarven«. 2017 hatte Russlands wichtigster internationaler Sender RT »Factcheck« eingeführt, eine Sparte des Internetauftritts von RT, die die Technik der Desavouierung russlandkritischer Behauptung bzw. der Stützung diverser Narrative des Regimes einsetzte. 2020 wurde das Diskreditierungsformat von »Coronafake« übernommen, einem regimenahe Portal und Telegram-Kanal, das sich gegen Gerüchte über Covid-19 wandte, aber auch die Kritik diskreditierte, die es an dem Umgang der Regierung mit der Pandemie gab. Schließlich machte sich das Regime während des großangelegten Einmarsches in die Ukraine das volle Potenzial von Desinformationsvorwürfen zu eigen.

Zwei Wochen nach Beginn der Invasion startete Russlands wichtigster Fernsehsender »Erster Kanal« die Sendung »AntiFake«, die täglich regimekritische Behauptungen diskreditiert. Das Netz von Telegram-Kanälen und Internetportalen »Krieg gegen Fakes« stützt sich auf das Format Faktencheck, um Informationen zu diskreditieren, die sich gegen das Regime richten. Neben dem »Flaggschiff-Kanal« mit rund 600.000 Abonnent*innen und der zentralen Internetseite auf Russisch gehören auch eine Vielzahl kleinerer regionaler Kanäle auf Russisch und ein englischsprachiger Kanal sowie separate Portale mit Übersetzungen ins Englische, Französische, Deutsche, Spanische, Chinesische und Arabische für das internationale Publikum zu diesem

Netzwerk. Diese Kanäle stützen sich alle auf das gleiche Faktencheck-Format. Nach der Auswahl einer regimekritischen Behauptung wird diese als »Fake« geframet, mit einer alternativen Erklärung zur »Wahrheit« versehen und die neue Behauptung mit Bildern oder Links unterfüttert, die vorgeblich die alternative Erklärung stützen. Dieses »Ökosystem« interagiert mit der breiteren propagandistischen Umgebung, wird von anderen Propagandakanälen auf Telegram verstärkt oder im Fernsehen thematisiert.

Diese kreative Übernahme von Faktencheck-Formaten durch die Propaganda stellt ein wichtiges Puzzle für die Forschung dar: Wenn Faktencheck tatsächlich funktioniert und die Wahrscheinlichkeit verringert, dass Menschen unzutreffenden oder irreführenden Behauptungen glauben, funktioniert es auch dann, wenn es von einem autoritären Regime eingesetzt wird?

Das Experiment

Wir konzeptualisieren die Praxis, dass Behauptungen mit Verweis auf Belege bewertet und entlarvt (bzw. diskreditiert) und als Desinformation sowohl vom Regime wie auch von oppositionellen Medien dargestellt werden, als *Desinformationsvorwürfe*. Zur Untersuchung der Auswirkungen von Desinformationsvorwürfen haben wir ein Experiment durchgeführt, das in eine Online-Umfrage mit 2.949 Teilnehmer*innen von Ende September bis Anfang Oktober 2023 eingebettet war. Die Umfrage wurde über »Cint« verbreitet, einem Online-Marktplatz mit Umfrageangeboten aus aller Welt. Die Teilnehmer*innen wurden zufällig Gruppen zugeordnet und erhielten einen Fragebogen mit diversen politischen Fragen und Themen, die sie bewerten sollten. Vier Gruppen erhielten folgende Nachrichtenthemen: 1) Raketenangriff Russlands auf die Ukraine mit einem regimefreundlichen Framing; 2) Raketenangriff Russlands auf die Ukraine mit einem oppositionellen Framing; 3) steigende Inflation in Russland mit einem regimefreundlichen Framing; 4) steigende Inflation in Russland mit einem oppositionellen Framing. Vier weitere Gruppen bekamen die gleichen Nachrichtenthemen vorgelegt, wurden aber zusätzlich gebeten, die *Entlarvungsgeschichten* zum gleichen Nachrichtenthema zu bewerten, die mit einem entgegengesetzten Framing versehen war, das die Originalgeschichte als Desinformation diskreditiert. Graphik 1 am Ende des Beitrags fasst den Aufbau des Experiments zusammen.

Da die Teilnehmer*innen den Gruppen zufällig zugeteilt wurden und der einzige Unterschied bei jedem Kontroll-/Test-Paar in dem entlarvenden (diskreditierenden) Element besteht, können wir Schlüsse aus der kausalen Wirkung der Desinformationsvorwürfe ziehen, indem wir die Glaubwürdigkeit der ursprünglichen Geschichten bei den Gruppen vergleichen, die

entweder nur diese Nachricht vorgelegt bekamen oder aber die Nachricht und eine Entlarvungsgeschichte. Die Nachrichten wurden tatsächlich bestehenden regimefreundlichen bzw. oppositionellen Telegram-Kanälen nachempfunden. Beide setzen entsprechende Worte wie »fake« oder »Wahrheit« ein, stützen sich aber auch auf visuelle Elemente, die sowohl beim journalistischen Faktencheck, wie auch bei regimefreundlichen »Entlarvungen« eingesetzt werden, z. B. unterstützende Bilder oder eine Vielzahl eingebetteter Links.

Ergebnisse

Da unser Experiment auf einer Online-Befragung beruhte, ist unsere Stichprobe im Schnitt jünger (42 Jahre gegenüber 48 Jahren), besser gebildet (61 % und nicht 26 % haben eine Bildungserfahrung an einer Universität) und ist urbaner (92 % und nicht 75 % leben in Städten) als die Gesamtbevölkerung, wenn man dem Zensus von 2020 folgt. Die Befragten waren auch politisch stärker aktiv. 44 % der Befragten sagten, sie würden »aktiv« die Nachrichten verfolgen, 48 % waren »eher interessiert« an Politik, 34 % hätten »eher oft« politische Diskussionen mit anderen und jeweils 28 % würden »immer« oder »oft« zur Wahl gehen. Die Befragten scheinen überwiegend regimefreundliche Haltungen zu haben, wobei 63 % Präsident Putin und 35 % die Partei der Macht »Einiges Russland« unterstützten. Da die Stichprobe nicht repräsentativ ist, erlaubt sie uns nicht, Parameter in Bezug auf die Bevölkerung abzuschätzen oder abzuleiten, wie die Russ*innen im Allgemeinen denken. Sie erlaubt uns aber, Unterschiede zwischen Gruppen zu vergleichen oder Auswirkungen von Desinformationsvorwürfen zu bewerten.

Graphik 2 zeigt die Auswirkungen von Desinformationsvorwürfen auf die subjektive Glaubwürdigkeit von Nachrichtenbeiträgen, die damit entwertet werden sollen. Wir analysierten zunächst die durchschnittliche Wirkung sämtlicher Desinformationsvorwürfe, indem verglichen wurde, wie die Befragten in den Gruppen, die nur die Nachricht vorgelegt bekamen, die Glaubwürdigkeit eines zu diskreditierenden Beitrags einschätzten, mit den Einschätzungen in den Gruppen, die Nachrichten und entlarvende Meldungen gezeigt bekamen (linkes Feld). Dann betrachteten wir die Wirkung jedes einzelnen Desinformationsvorwurfs (wirtschaftsbezogene regimefreundliche Diskreditierung, wirtschaftsbezogene oppositionelle Diskreditierung, kriegsbezogene regimefreundliche Diskreditierung, kriegsbezogene oppositionelle Diskreditierung) auf die Einschätzungen zur Glaubwürdigkeit des Beitrags, der konterkariert werden sollte (rechtes Feld).

Desinformationsvorwürfe verringern die Glaubwürdigkeit von Nachrichtenbeiträgen, die dadurch entwertet werden sollen. Im Vergleich mit den Gruppen, die

nur Nachrichten mit unterschiedlichen Themen und unterschiedlichem Framing vorgelegt bekamen, nehmen Gruppen, die Nachrichten und »entlarvende« Beiträge erhalten hatten, die betreffenden Geschichten als weniger glaubwürdig wahr. Unabhängig vom Thema und dem Framing haben Desinformationsvorwürfe eine starke negative und statistisch relevante Wirkung auf die Glaubwürdigkeit der ursprünglichen Nachrichten.

Die Wirkung der verschiedenen Desinformationsvorwürfe führt uns getrennt davon zu weiteren interessanten Schlussfolgerungen. Zum einen haben kriegsbezogene Desinformationsvorwürfe eine stärkere Wirkung als wirtschaftsbezogene. Zweitens sind die Wirkungen von Desinformationsvorwürfen bei einem regimetreue und einem oppositionellen Framing symmetrisch. Wenn die Befragten einen oppositionellen Desinformationsvorwurf vorgelegt bekamen, nachdem sie einen regimetreuen Nachrichtenbeitrag sahen, verringerte sich die Glaubwürdigkeit des regimetreuen Beitrags. Wenn allerdings den Befragten ein regimetreuer Desinformationsvorwurf zu einem oppositionellen Nachrichtenbeitrag vorgelegt wurde, verringerte sich auch hier die Glaubwürdigkeit des oppositionellen Beitrags. Mit anderen Worten: Ganz wie sich oppositionelle Beiträge auf Desinformationsvorwürfe stützen können, um die Glaubwürdigkeit regimetreuer Propaganda zu untergraben, kann auch die Propaganda des Regimes Desinformationsvorwürfe einsetzen, um die Glaubwürdigkeit oppositioneller Propaganda zu erschüttern.

Schlussfolgerungen

Seit dem Februar 2022 nutzt das Putin-Regime vollumfänglich das Potenzial von Desinformationsvorwürfen, die über das Fernsehen, Online-Medien und diverse Kanäle der sozialen Netzwerke verbreitet werden. Auf welche Weise wirken sich nun Desinformationsvorwürfe darauf aus, wie die Bevölkerung die Politik eines autokratischen Regimes im Kontext des Krieges wahrnimmt? Gestützt auf die Ergebnisse eines Online-Experiments, das im autoritär regierten Russland durchgeführt wurde, kommen wir zu folgender Antwort: Wir sind der Ansicht, dass Desinformationsvorwürfe die Glaubwürdigkeit von Nachrichtenbeiträgen untergraben, wenn dadurch ein entgegengesetztes Framing geschaffen wird, und zwar auf ähnliche Weise und in beiden Richtungen. Gleich-

zeitig fällt die Wirkung von Desinformationsvorwürfen bei kriegsbezogenen Beiträgen stärker aus als die zu wirtschaftsbezogenen.

Unsere Forschung zeigte einerseits auf, wie autoritäre Propaganda sich in einem saturierten Medienraum entwickelt. Sie verdeutlichte zudem die Herausforderungen, die sich bei der Bekämpfung von Propaganda in autokratischen Regimen sowie von Desinformation in Demokratien ergeben. Wenn Desinformationsvorwürfe durch autokratische Regime und durch oppositionelle Gruppen gleichermaßen die Glaubwürdigkeit von Nachrichtenbeiträgen untergraben, verweist das auf die Beschränkungen, die es für faktenbasierte Strategien zur Bekämpfung von Propaganda gibt. Bereits auf Grund der riesigen Ressourcen, über die die Regierung verfügt, kann ein autoritäres Regime eine Vielzahl von Kanälen nutzen. Dadurch ist es bei der Neutralisierung oppositioneller Informationen effektiver als die Opposition bei der Bekämpfung der Propaganda des Regimes.

Auf einer stärker theoretischen Ebene stellen diese Ergebnisse die Unterscheidung zwischen wahrer und falscher Information in Frage, auf der faktenbasierte Ansätze in Bezug auf Desinformation und irreführender Information beruhen. Wenn ein Regime selektiv seine eigenen »Fakten« auswählen kann, um unerwünschte oppositionelle »Fakten« zu diskreditieren, dann bedeutet sich auf Fakten zu stützen nicht mehr, dass man dadurch über einen einzigartigen Vorteil hinsichtlich der Überzeugungskraft verfügt. Das verdeutlicht, dass eine Bekämpfung von unzutreffenden oder tendenziösen Informationen – sei es nun Propaganda in Autokratien oder Fehlinformation in Demokratien – nicht nur eine Identifizierung falscher und eine Vorlage zutreffender Informationen erfordert, sondern auch die Suche nach Narrativen, die beim Publikum verfangen, und durch die Fakten für das Publikum eine größere Bedeutung erlangen. Darüber hinaus bedeutet der Umstand, dass Fakten leicht diskreditiert werden können, dass langfristige Strategien in Bezug auf irreführende und unzutreffende Informationen gefunden werden müssen. Hierzu gehören Narrative und Praktiken, die den Wert von Fakten in den Vordergrund stellen, und die über andere soziale Institutionen verbreitet werden, etwa durch Bildung und Sozialisierung.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autor*innen

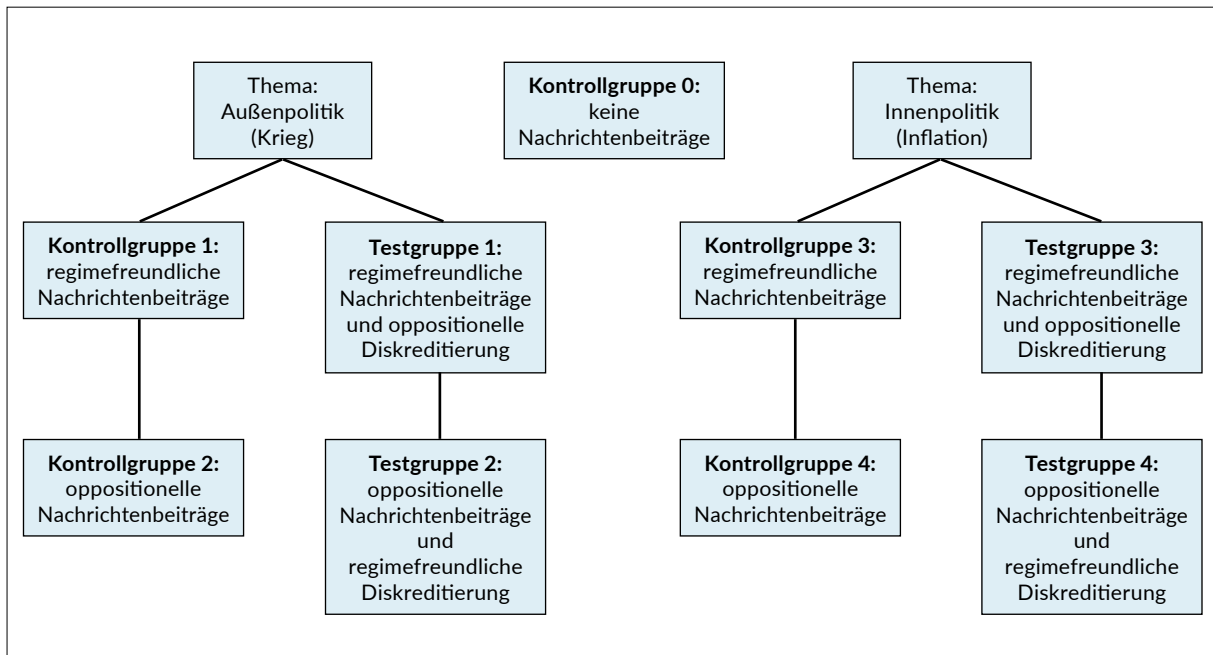
Dr. Maxim Alyukov ist Leverhulme Early Career Postdoctoral Fellow an der Abteilung für Russland- und Osteuropastudien der Universität Manchester, wissenschaftlicher Mitarbeiter am King's Russia Institute des King's College London und Forscher beim Public Sociology Laboratory. Seine Forschungsschwerpunkte sind Medien, politische Kommunikation und politische Wahrnehmung unter autokratischen Regimen, mit besonderer Konzentration auf Russland. Seine Forschungsarbeiten sind in diversen Zeitschriften veröffentlicht worden, unter anderem in »Political Communication«, »Nature Human Behaviour«, »Politics«, »Qualitative Psychology« und »Europe-Asia Studies«.

Dr. *Margarita Zavadsкая* ist Senior Research Fellow am Finnish Institute of International Affairs und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Aleksanteri-Institut der Universität Helsinki. Ihre Forschungsschwerpunkte sind autoritäre Regime, öffentliche Meinung, Wahlen und Regimewechsel. Dr. Zavadsкая hat ihre Arbeiten unter anderem in den Zeitschriften »Electoral Studies«, »Democratization«, »Europe-Asia Studies«, »East European Politics« und »Post-Soviet Affairs« veröffentlicht.

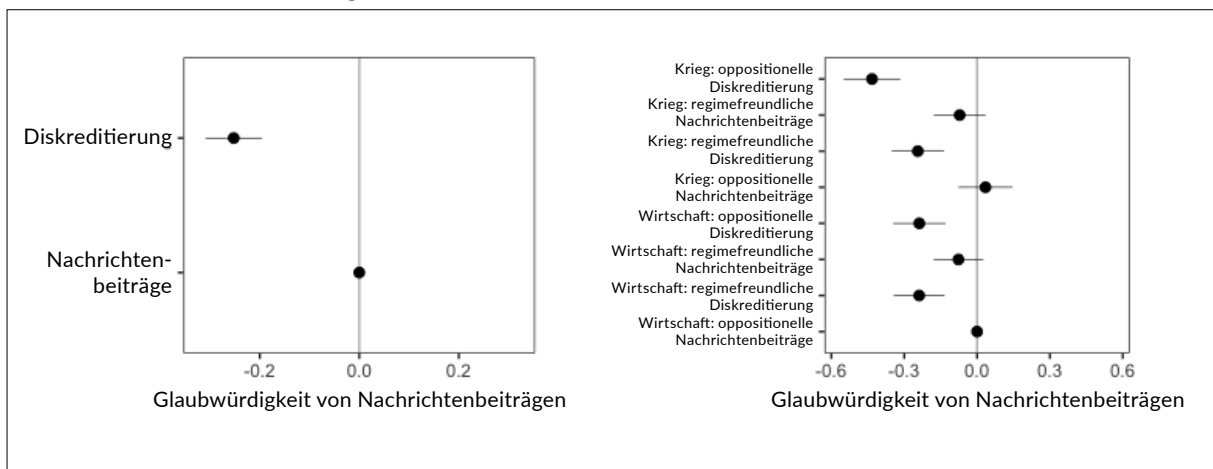
Lesetipps

- Alyukov, M.; M. Zavadsкая: "It's not that simple, we don't know the whole truth": The effects of disinformation discourse in wartime Russia; 2. Januar 2024; SSRN: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4681826

Grafik 1: Experimentaufbau



Grafik 2: Auswirkungen von Desinformationsvorwürfen auf die subjektive Glaubwürdigkeit von Nachrichtenbeiträgen



Der Kampf um die Deutungshoheit. Deutsche Medien zu Ukraine, Krim-Annexion und Russlands Rolle im Jahr 2014

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

Die öffentliche Debatte um Russlands Krieg gegen die Ukraine dreht sich seit fast zehn Jahren im Kreis und es fehlt ihr bezüglich der Ukraine an inhaltlicher Breite und Tiefe.

Einleitung

Bereits im Jahr 2014 begann eine Diskussion um die Voreingenommenheit deutscher Medien bezüglich Russlands und der Ukraine, die ab 2022 mit der Debatte um den großflächigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Kern ist die Frage, wie »russland-feindlich« bzw. »russland-freundlich« die Darstellung deutscher journalistischer Massenmedien ist.

Die eine Seite verlangt mehr Verständnis für die russische Sicht der Dinge, selbst wenn sie diese Sicht selbst oft nicht gutheißt, und behauptet durch Rücksichtnahme gegenüber russischen Interessen werde eine friedliche Lösung möglich. Die andere Seite befürchtet ein fatales Signal der Schwäche, welches Russland zu Aggression ermutigen werde und verlangt die Ukraine als Subjekt der internationalen Beziehungen ernst zu nehmen und die völkerrechtlich verbürgte und von Russland vertraglich akzeptierte territoriale Integrität der Ukraine wichtiger zu nehmen als russische Propaganda.

Bereits 2014 – im Kontext der als Euro-Maidan bekannt gewordenen Massenproteste, der russischen Annexion der Krim und dem folgenden militärischen Konflikt in der Ostukraine – warfen beide Seiten den deutschen Massenmedien vor, die jeweils andere Seite auf unverantwortliche Weise und mit potenziell fatalen Folgen für Deutschlands außenpolitische Situation zu bevorzugen. Ein Rückblick auf das Jahr 2014 hilft so auch bei der Einordnung der aktuellen Debatte.

Talkshows

Talkshows sind offensichtlich polemischer als Nachrichtensendungen, aber durch ihre Reichweite und die Produktion von »Gesprächsstoff« kommt ihnen für die öffentliche Meinung eine recht große Bedeutung zu. Bereits 2014 veröffentlichte Fabian Burkhardt, damals als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München, in den Ukraine-Analysen eine Auswertung der Gäste in acht Talk-Show-Formaten (<https://laenderanalysen.de/ukraine-analysen/135/die-ukraine-krise-in-den-deutschen-talkshows/>) in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern von November 2013 bis April 2014.

Es zeigt sich, dass bei Vertreter:innen deutscher Parteien auf Ausgewogenheit geachtet wird. Bei der Nationalität hingegen gilt dies nicht. Es wurden doppelt so viele russische wie ukrainische Staatsbürger:innen eingeladen. Zentral ist aber natürlich die Auswertung der inhaltlichen Positionen der Talkshow-Gäste. Hier gilt für 2013/14, dass in Talkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die Gäste, die eine Entspannungspolitik gegenüber Russland vertraten im Vergleich zu denen, die eine »Eindämmung« Russland forderten, eindeutig in der Mehrheit waren. Dementsprechend gab es bei knapp einem Drittel der untersuchten Talkshows keine expliziten Fürsprecher:innen für die Ukraine. Russland wurde hingegen deutlich stärker unterstützt.

Trotzdem – oder vielleicht auch gerade wegen ihrer Präsenz in Talkshows – waren bereits damals die Stimmen, die von einer Diskriminierung russischer Positionen und einer russlandfeindlichen Stimmung sprachen, deutlich lauter.

Journalistische Berichterstattung

Talkshows sind nicht nur polemischer als journalistische Berichterstattung, ihre Inhalte werden von Journalist:innen auch weniger stark kontrolliert. Eine umfangreiche Analyse der Berichterstattung großer deutscher Printmedien bietet die 2021 an der Universität Bamberg abgeschlossene und 2022 veröffentlichte Dissertation von Kinza Khan. Sie untersucht für zehn überregionale deutsche Tages- und Wochenzeitungen die Berichterstattung zur Ukraine und zur Rolle Russlands im Februar und März 2014, also im Zeitraum in dem die Massenproteste in Kiew mit der Flucht des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch endeten und Russland die Krim annektierte. Sie berücksichtigt dabei ausschließlich prominent platzierte Beiträge zum Thema, die von namentlich genannten Autor:innen verfasst wurden. Im Ergebnis hat sie 548 Artikel analysiert.

Auch hier ist der Ausgangspunkt die Dominanz des Vorwurfs einer Voreingenommenheit gegenüber Russland (nicht gegenüber der Ukraine), die sich z. B. auch in einer Stellungnahme des ARD-Programmbeirats zeigte (Khan, S. 17). Die Autorin stellt auch fest, »wie sehr der deutsche Blick auf und unser Wissen über die Ukraine

durch den Blick auf und das Wissen über Russland sowie unser Verhältnis zu ihm bestimmt ist.« (Khan, S. 7)

Kinza Khan gibt einen systematischen Überblick über die in der deutschen Debatte gegen die Medienberichterstattung gemachten Vorwürfe (Kapitel 2.5). In ihrer eigenen Analyse bezieht sie sich auf den Ansatz des Framing. Frames, im Deutschen auch als »Leitmotive« bezeichnet, bieten eine grundsätzliche Einordnung eines Themas einschließlich moralischer Bewertungen. Dadurch, so die Idee des Ansatzes, werden bestimmte Positionen in der Debatte legitimiert und andere diskreditiert.

Wenn z. B. allgemein von einer Voreingenommenheit gegenüber Russland geredet wird, dann werden Fürsprecher:innen der Ukraine sofort skeptisch wahrgenommen. Wenn der militärische Konflikt in der Ostukraine seit 2014 als Bürgerkrieg bezeichnet wird, dann ist wenig Platz für Berichterstattung über die Präsenz der russischen Armee oder die hohe Anzahl russischer Staatsbürger in der Führung der »Separatisten-Republiken«. In ihrer eigenen Analyse erfasst Khan Frames für sechs Themenfelder (noch nicht für den Krieg in der Ostukraine, der erst nach ihrem Untersuchungszeitraum begann).

Im starken Unterschied zu den Talkshows zeigt sich bei den Printmedien – vor allem mit inhaltlichem Bezug auf die Krim-Annexion – eine kritische Position gegenüber Russland. Etwa 60 Prozent der Frames sind russland-kritisch, jeweils etwa 10 Prozent russland-freundlich (oder kritisch gegenüber dem Westen) bzw. plädieren für Ausgleich und Verständigung. Die russische Ankündigung der Krim-Annexion markiert hier einen Wendepunkt. Die Annexion wird eindeutig als Verstoß gegen das Völkerrecht thematisiert, wodurch ein Frame entsteht, der das russische Vorgehen als nicht zu rechtfertigen präsentiert. Dementsprechend wird in diesem Zusammenhang auch der Frame von Russland als autokratischem Staat oft verwendet. Trotzdem wird bei der Eskalationsverantwortung weiterhin differenziert. Nach Khans Auswertung beträgt das Verhältnis der Schuldzuweisungen an Russland und den Westen etwa 2:1. Bei der Diskussion um Sanktionen greift dann der Völkerrechts-Frame nicht mehr: Zustimmung und Ablehnung sind in der Berichterstattung der deutschen Printmedien etwa gleich stark.

Gleichzeitig zeigt sich, dass über innenpolitische Themen der Ukraine deutlich weniger berichtet wird. Zentraler Frame ist hier die »innere Spaltung der Ukraine«. Gleichzeitig wird die Rolle ultra-rechter Kräfte in der Ukraine regelmäßig thematisiert. Während die Autorin mit diesen Ergebnissen »Vorwürfe des Verschweigens« zurückweist (S. 238), würde die Osteuropaforschung eher darauf hinweisen, dass hier russische Frames wiederholt wurden, die die Ukraine als »faschistisch«

und als »kein echtes Land« beschreiben. Wie die Ergebnisse nationaler Wahlen in der Ukraine fünf Jahre später zeigten, basieren beide auf Fehleinschätzungen. Keine rechtsextreme Partei hat genug Stimmen für den Einzug ins Parlament erhalten und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und seine Partei erzielten jeweils überwältigende Wahlsiege in der gesamten Ukraine – ohne erkennbare Spaltung.

Die Autorin weist auch darauf hin, dass für die Ukraine »komplexe Zusammenhänge nicht auf breiter Ebene tiefergehend beleuchtet« werden (S.240), was viel damit zu tun haben dürfte, dass deutsche Journalist:innen in der Ukraine kaum noch vertreten waren und die deutsche Berichterstattung über Büros in Moskau oder Warschau erfolgte. Dies änderte sich erst wieder mit dem russischen Großangriff. Bereits Anfang März 2022 waren 25 deutsche Auslandskorrespondenten in der Ukraine. Ein Jahr später beschloss die ARD, ein Studio in Kiew zu eröffnen. Der Spiegel zum Beispiel war zu diesem Zeitpunkt mit fünf Journalist:innen in der Ukraine vertreten.

Resümee

Die Bewertung der Rolle von Massenmedien orientiert sich vor allem am Ideal der Meinungsfreiheit und verlangt deshalb eine möglichst faire und ausgeglichene Wiedergabe unterschiedlicher inhaltlicher Positionen. Dabei stellt sich aber sofort die Frage, wessen inhaltliche Positionen zu berücksichtigen sind.

Während Kommentare im Internet und auf sozialen Medien von russischen »Trollfabriken« zugunsten der russischen Position verfälscht wurden und werden, zeigen repräsentative Meinungsumfragen, dass eher »russland-freundliche« Positionen in der deutschen Bevölkerung lange Zeit mehrheitsfähig waren und auch jetzt noch von einem großen Teil – wenn auch bei weitem nicht mehr der Mehrheit – unterstützt werden.

Die wissenschaftliche Osteuropaforschung ist sich hingegen weitgehend einig, dass Russland Kompromissbereitschaft als Schwäche interpretiert und dass die Ukraine das Völkerrecht auf ihrer Seite hat und deshalb Unterstützung verdient. Sie sieht deshalb eine »falsche Ausgewogenheit«, wenn echter wissenschaftlicher Expertise eine populistische und inhaltlich nicht fundierte Position als gleichwertig gegenübergestellt wird. Die implizite Annahme ist dabei, dass fundierte inhaltliche Positionen, die auf jahrelanger wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Region basieren, wichtiger sind als nur von Sorge oder Vorwürfen getragene Beiträge.

Wenn sich die Rolle der Massenmedien am Konzept der deliberativen Demokratie orientieren soll, bei der es nicht einfach um Meinungsfreiheit geht, sondern um eine sinnvolle inhaltliche Debatte, an deren Ende der beste Vorschlag sich durchsetzt, dann zeigt die Medi-

enberichterstattung zur Ukraine und zur Rolle Russlands ganz klar die Grenzen dieser Idee für den deutschen Fall auf.

Wie die hier vorgestellten Analysen des Jahres 2014 zeigen, dreht sich die Debatte nunmehr seit zehn Jahren im Kreis. Durch den großflächigen russischen Angriffskrieg seit 2022 ist sie wieder lauter geworden, wirklich weiterentwickelt hat sie sich nicht. Immer noch wird in Talkshows prominent gefordert, dass die deutsche Außenpolitik mäßigend wirken soll, Verhandlungen mit Russland fördern soll und die Ukraine nicht zu sehr unterstützen solle, um die »weitere Eskalation« zu vermeiden. Immer noch ist die journalistische Berichterstattung vor allem damit beschäftigt, grobe Fehleinschätzungen zu den Motiven russischer Politik, zu Regeln des Völkerrechts oder zur Rolle von Sprache, regionaler »Spaltung« oder Rechtsextremismus in der Ukraine zu thematisieren.

Die öffentliche Debatte kann deshalb nicht den dringend erforderlichen nächsten Schritt machen. Wie Khan

bereits für die Berichterstattung 2014 konstatiert, fehlt es bezüglich der Ukraine an inhaltlicher Breite und Tiefe. Vor allem aber werden durch die Fokussierung auf das Für und Wider von »Waffenstillstand jetzt!« in die Zukunft weisende Fragen ausgeblendet. Wie kann die Ukraine die vielen Belastungen und Zerstörungen durch permanente russische Angriffe überstehen? Wie soll eine europäische Sicherheitsordnung aussehen, die Russlands Nachbarstaaten auch außerhalb der NATO ein friedliches Weiterleben ermöglicht? Was bedeutet Russlands Angriffskrieg für die NATO, was die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine für die EU? Was bedeutet die Tatsache, dass Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Besuch in Deutschland wegen Kriegsverbrechen verhaftet werden müsste, für die weiteren Verhandlungen mit ihm? Die Liste dieser Fragen ist lang. Versuche einer Antwort finden sich bisher vor allem in wissenschaftlichen Zeitschriften, kaum in journalistischen Medien. Für eine sinnvolle Diskussion der Lage sind sie aber unverzichtbar.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Im Text besprochene Publikationen

- Fabian Burkhardt (2014): Die Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows, in: Ukraine-Analysen Nr. 135, S. 10–13, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/135/die-ukraine-krise-in-den-deutschen-talkshows/>.
- Kinza Khan (2022): Maidan, Krim und Russland. Eine Medien-Frame-Analyse deutscher Print-Berichterstattung im Februar und März 2014, Baden-Baden: Nomos-Verlag.

VON DER REDAKTION

dekoder-Special »Propaganda entschlüsseln«

Warum heißen so viele Russ:innen den Krieg gegen die Ukraine gut? Das dekoder-Special »Propaganda entschlüsseln« (<https://specials.dekoder.org/de/propaganda/>) stellt fortlaufend Ergebnisse einer Auswertung basierend auf einer gemeinsamen Recherche mit der Novaya Gazeta Europe und der Süddeutschen Zeitung aus mehr als drei Millionen Beiträgen der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zwischen 2002 und 2023 vor. RIA Nowosti ist eines der größten Sprachrohre des Kreml. Es beschallt seit über einem Jahrzehnt die Bevölkerung mit sich tausendfach wiederholenden ideologisch aufgeladenen Phrasen und einer Weltsicht, die den Angriff auf die Ukraine legitimiert.

Erste Gedanken zum Tod und zum Leben Alexej Nawalnys

Jan Matti Dollbaum (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Am 16. Februar 2024 meldete die russische Strafvollzugsbehörde den Tod des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny. Er habe sich nach einem Spaziergang im Hof der Strafkolonie Nr. 3, genannt »Polarwolf«, in die er einige Wochen zuvor verlegt worden war, unwohl gefühlt und habe das Bewusstsein verloren. Eintreffende Rettungskräfte hätten erfolglos versucht, ihn wiederzubeleben. Nawalnys Team bestätigte den Tod am folgenden Tag. Die Todesursache ist ungeklärt, der Leichnam wird bisher nicht zur Obduktion freigegeben. Nawalnys Mitstreiterinnen und Mitstreiter sprechen von Mord. Doch unabhängig davon, wie Nawalny zu Tode gekommen ist, trägt die politische Führung des Landes dafür die volle Verantwortung.

In russischen Städten und in vielen anderen Orten der Welt versammeln sich Menschen, um ihre Trauer und ihre Wut zu äußern, halten Schilder hoch mit der Aufschrift »Mörder«. In Russland sind diese Gruppen klein und der Staat greift hart durch, wie immer in letzter Zeit bei politischen Protesten. Die Organisation OVD-Info zählte bis Sonntag 366 Festnahmen. Das Bild, das von der öffentlichen Reaktion auf Nawalnys Tod in Erinnerung bleiben wird, ist aber ein anderes. Es sind die Menschen, die Blumen niederlegen. An seinem früheren Wohnhaus in Moskau, am Gedenkstein für die Opfer politischer Repression der Sowjetunion gegenüber der FSB-Zentrale und an vielen anderen Orten im ganzen Land. Es ist ein Bild der individuellen Trauer, ein Bild der Stille, der Einsamkeit.

Erst vor zwei Wochen erklärte die Zentrale Wahlkommission, Boris Nadeschdin nicht zu den Präsidentschaftswahlen zuzulassen. Trotz seiner unklaren Beziehung zum Kreml war der liberale Politiker plötzlich zum Hoffnungsträger avanciert, hatte gar die Unterstützung der sonst so zerstrittenen liberalen Opposition erhalten und Hunderttausende zur Abgabe ihrer Unterschrift inspiriert. Die eigentlich erwartbare Entscheidung, Nadeschdin, der die Hoffnung im Namen trägt, nicht zuzulassen, war für viele eine bittere Enttäuschung. Unabhängig davon, ob Nawalny nun direkt oder indirekt ermordet wurde, ist sein Tod zu diesem Zeitpunkt ein weiteres, um Dimensionen schlimmeres Symbol der Ausweglosigkeit, des Immer-Weiter des brutalen Regimes und seines Krieges. Es ist möglich, dass Nawalny infolge der Folter seiner Haftbedingungen starb. Allerdings: Das Regime hat gelernt, durch Emotionen zu regieren. Es ist nicht auszuschließen, dass der Ablauf der Ereignisse einem präzisen Drehbuch folgt, mit dem Ziel, der Gesellschaft jede Hoffnung zu nehmen.

Das Bild der langen Reihen Einzelner, die Blumen ablegen, beschreibt den emotionalen Zustand, in dem sich weite Teile der Opposition und der kritischen Öffentlichkeit im Moment zu befinden scheinen: das Gefühl, durch den Verlust Nawalnys auf sich

allein gestellt zu sein. Nicht Wut ist die dominante Emotion, sondern Trauer, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit. Mikhail Fischman kämpfte im Internetsender Dozhd mit den Tränen. Der Soziologe Grigoriy Judin, nicht bekannt für emotionale Ausbrüche, schrieb bei Meduza: »In Russland sagt man gerne, dass es vor der Morgendämmerung am dunkelsten ist. Ich glaube, das stimmt – nur kennen wir die wahre Dunkelheit noch nicht. [...] Die Sonne ist verschwunden.«

Nawalnys Aufstieg

Nawalny hatte es seit seiner Rückkehr nach Russland und seiner gezielt in Kauf genommenen Inhaftierung als seine Hauptaufgabe gesehen, Mut zu verbreiten. Diese Rolle als lagerübergreifende Projektionsfläche der Hoffnung war für ihn, der durch Penetranz, unterhaltsamen Sarkasmus und aggressive, vernichtende Kritik bekannt wurde, nicht unbedingt vorgezeichnet.

Als Verehrer und später heftiger Kritiker Boris Jelzins, begann Nawalnys politische Karriere als Anwalt für Kleinaktionäre und als Kampagnenmanager bei Jabloko. Sein rhetorisches Talent erkannte er im Debattenklub, den er in den 2000ern moderierte. Er entwickelte individuelle politische Ambitionen und driftete, entgegen der Ratschläge seiner Freude, in die nationalistische Bewegung, von der er sich jedoch schnell wieder trennte (ohne allerdings einen harten Bruch mit den Inhalten zu vollziehen). Sein größter politischer Erfolg – nach demokratischen Maßstäben – war sein zweiter Platz bei den Bürgermeisterwahlen in Moskau im Jahr 2013. Sein Ergebnis von 27 % war für den Kreml das Signal für das Ende der Kooptationsstrategie, mit der er versucht hatte, Nawalny als Sinnbild einer ungehindert antretenden und stets sieghaften liberalen Opposition zu inszenieren. Nawalny versuchte viele Male erfolglos, seine eigene Partei zu registrieren, die Repression nahm zu.

Trotzdem war der eigentliche Höhepunkt seines politischen Wirkens Nawalnys Präsidentschaftskampagne von 2016 – 2018, die ihn zwar – vorhersehbar – nicht auf den Wahlzettel führte, bei der er aber zum ersten Mal in der Geschichte der Opposition im postsowjeti-

schen Russland ein landesweites Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern aufbaute. Diese Breitenwirkung verhalf dem innovativen System taktischen Wählens («umnoje golosovanie» / »kluges Abstimmen») von 2018 bis 2020 zu manchen lokalen Erfolgen. Der Mordanschlag im Jahr 2020, seine Inhaftierung 2021, die vollständige Zerstörung seiner Organisation und die langen Haftstrafen selbst gegen regionale Aktivistinnen und Aktivisten adelten Nawalny und sein Team als die wichtigste Oppositionskraft, mit der es Wladimir Putin jemals zu tun hatte. Auch wenn er und seine Gefährten sich weiterhin heftige Wortgefechte mit anderen Oppositionsakteuren lieferten, so zollten ihm doch alle ihren Respekt für diese Position.

Nicht antipolitisch, sondern vopolitisch

Nawalny ist von linker und nationalistischer Seite zuweilen für seine liberale Naivität kritisiert worden. Es sei mit einem Elitenaustausch, einer Justizreform und fairen Wahlen nicht getan. Doch aus Nawalnys Sicht war die Forderung nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die im Zentrum seiner Arbeit stand, nicht *antipolitisch* sondern *vopolitisch*. Nawalny versuchte durch die experimentelle und teils widersprüchliche Kombination oberflächlicher Programmelemente einen Minimalkonsens zusammenzufügen, eine Allianz (in der Politikwissenschaft auch Negativkoalition genannt), deren Kern immer im fundamentalen Widerstand gegen das autoritäre und durch Korruption zusammengehaltene Regime bestand. Diese Allianz sollte »normalen« politischen Wettbewerb erst ermöglichen. (Dass Nawalny die Selbstorientalisierung, die die westliche repräsentative Demokratie als Normalität und alles andere als die Abweichung versteht, nicht sah, teilt er mit vielen anderen Liberalen.) In diesem freien Wettstreit, so seine Vorstellung, hätte sich Nawalny dann auf eine von vielen politischen Richtungen zurückgezogen.

Zum Vorwurf der Antipolitik trägt auch die Zuspitzung von Nawalnys Plattform auf seine Person bei. Und

selbstverständlich war Nawalny als charismatischer Anführer seiner Organisation in hohem Maße machtbewusst. Nawalnys Team sollte zwar ein Beispiel für die effizienten, präzisen Institutionen des »Großartigen Russlands der Zukunft« sein (ein Slogan, den er selbst prägte). Es war aber auch das personalistische – und zuweilen autoritäre – Spiegelbild des personalistischen autoritären Regimes. Sieht man allerdings, wie das Regime unter Putin die Politik als solche systematisch stillgelegt und damit die Ausbildung stabiler ideologischer Positionen verunmöglicht hat, ist der Fokus einer erfolgreichen Oppositionsbewegung auf eine Person leicht erklärlich – und möglicherweise die erfolgversprechendste Strategie.

Die Rückkehr des Kollektiven

Nawalnys vielleicht größtes Verdienst ist es, für die Selbstwirksamkeit gekämpft zu haben, für die Überzeugung, dass vom eigenen Handeln etwas abhängt. Nach der Protestwelle von 2011/12, die in den Regionen noch immer von den Veteranen der Perestrojkazeit dominiert wurde, war Nawalnys Kampagne von 2017/18 der wichtigste Moment der Mobilisierung politischer Impulse. Nawalnys Regionalbüros waren Punkte der Vernetzung und der juristischen Hilfe weit über das junge urbane Publikum hinaus, es waren Zentren der unabhängigen Informationen und der Erfahrung kollektiver Handlung.

Die »Koordinatoren« dieser Zentren sind ebenfalls längst in Haft oder außer Landes. Doch viele Tausend Aktivistinnen und Aktivisten tragen ihre Erlebnisse und ihre Solidarität weiter mit sich. Heute legen sie Blumen nieder, jeder und jede für sich, in Wolgograd oder in Vilnius. Doch wenn sie eines Tages wieder da sind und gemeinsam am »Großartigen Russland der Zukunft« arbeiten, dann ist das auch Alexej Nawalny zu verdanken.

Eine gekürzte und leicht veränderte Version des Textes ist in englischer Sprache bei The Dispatch erschienen.

Über den Autor:

Jan Matti Dollbaum leitet eine Nachwuchsforschungsgruppe zu Repräsentation und Mobilisierung im postsowjetischen Osteuropa an der LMU München.

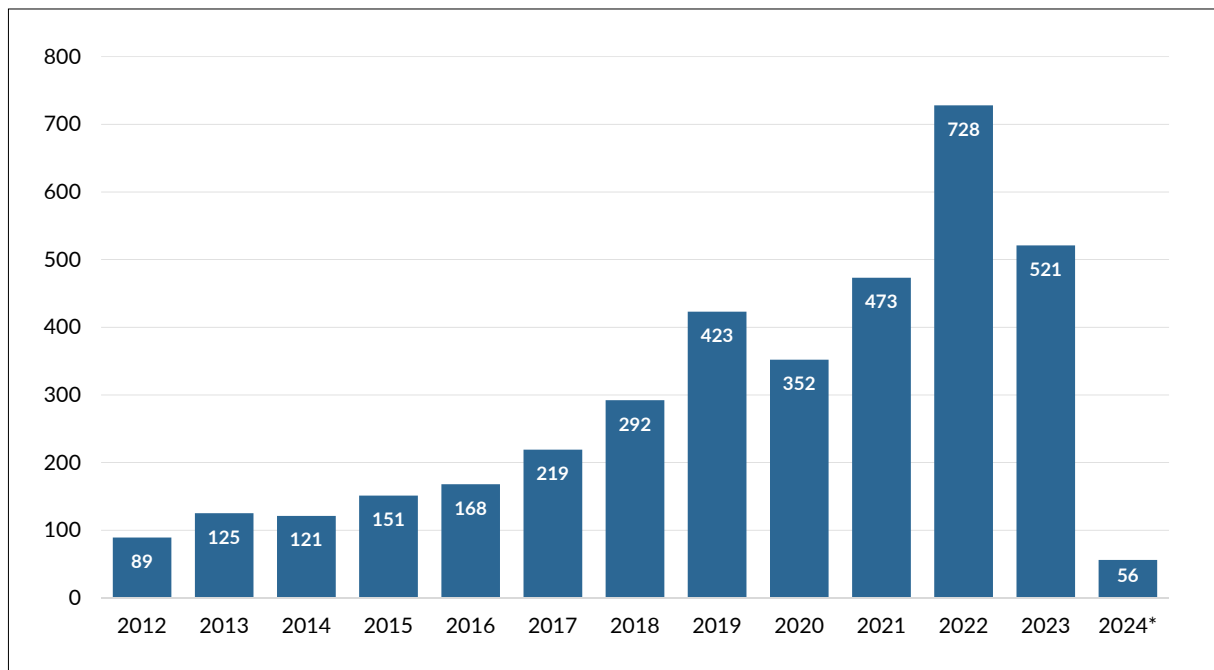
Lesetipps:

- Morris, J. (2024, February 16). Russia lost its greatest, and most naïve optimist*. A curmudgeon's obituary of Alexei Navalny. *Postsocialism*. <https://postsocialism.org/2024/02/16/russia-lost-its-greatest-and-most-naive-optimist-a-curmudgeons-obituary-of-alexei-navalny/>
- Smyth, R. (2024, February 16). Navalny dies in prison – but his blueprint for anti-Putin activism will live on. *The Conversation*. <http://theconversation.com/navalny-dies-in-prison-but-his-blueprint-for-anti-putin-activism-will-live-on-223774>
- Turchenko, M., & Golosov, G. V. (2023). Coordinated Voting Against the Autocracy: The Case of the 'Smart Vote' Strategy in Russia. *Europe-Asia Studies*, 75(5), 820–841. <https://doi.org/10.1080/09668136.2022.2147485>

STATISTIK

Politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung in Russland

Grafik 1: Politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung in Russland (Anzahl Strafverfolgte)



* 01.01. – 12.02.2024

Quelle: OVD-Info: "Data on politically motivated criminal prosecutions in Russia", zuletzt aktualisiert am 12.02.2024, online über <https://en.ovdinfo.org/data-politically-motivated-criminal-prosecutions-russia>.

CHRONIK

23. Januar – 09. Februar 2024

23.01.2024	Nach Berichten und Berechnungen des Mediums Forbes beliefen sich die Zuschüsse aus dem russischen Staatshaushalt zum Haushalt der vier von Russland angeschlossenen Regionen Donezker Volksrepublik (DNR), Lugansker Volksrepublik (LNR) sowie der Oblaste Cherson und Saporoschja für das Jahr 2023 auf 513 Mrd. Rubel (etwa 5,8 Mrd. Euro). Der russische Haushaltplan für die Jahre 2024 bis 2026 sieht für die Subventionen dieser Regionen eine Summe von 900 Mrd. Rubel (etwa 10,2 Mrd. Euro), teilweise finanziert von 26 Regionen des Landes, darunter auch die Stadt Moskau, vor. Danach sind für das Jahr 2024 Subventionen in Höhe von 303 Mrd. Rubel (etwa 3,4 Mrd. Euro) geplant. Die Haushalte der angegliederten Regionen werden gebildet unter Kontrolle des russischen Finanzministeriums und haben für das Jahr 2024 ein Subventionsvolumen von 137,4 Mrd. Rubel (etwa 1,4 Mrd. Euro) für die DNR, was einem Anteil von 66 % am Gesamthaushalt entspricht, von 92,6 Mrd. Rubel (etwa 940 Mio. Euro) für die LNR, mit einem Anteil von 63 %, 33,2 Mrd. Rubel (etwa 338 Mio. Euro) für die Oblast Cherson, mit einem Anteil von 74 %, und für die Oblast Saporischja ein Subventionsvolumen von 40 Mrd. Rubel (etwa 410 Mio. Euro) mit anteilig 72 %.
------------	---

24.01.2024	In der Region Belgorod stürzt eine Il-76-Maschine ab. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen sich an Bord 65 ukrainischen Kriegsgefangenen, die für einen Gefangenenaustausch ausgewählt worden waren, 6 Crewmitglieder und 3 Begleitende befunden haben. Russland macht einen Abschluss durch ukrainische Truppen für den Absturz verantwortlich. Die Ukraine dementiert und zweifelt später die Anwesenheit von ukrainischen Kriegsgefangenen bei dem Absturz an.
25.01.2024	Zum vierten Mal in einer Woche werden russische Ölraffinerien und gasverarbeitende Betriebe von ukrainischen Drohnen angegriffen. Dabei kommt es in Bränden und teils zu erheblichen Schäden an den Anlagen und Betriebsstörungen. Den Angriffen sind u. a. zwei Ölterminals in der Oblast Leningrad, ein Öltanklager von »Rosneft« in der Oblast Brjansk und ein Ölverarbeitungsbetrieb von »Rosneft« in der Stadt Tuapse ausgesetzt.
25.01.2024	Ein Moskauer Stadtgericht verurteilt Igor Girkin (Pseudonym: Strelkow) wegen öffentlicher Anstiftung zu extremistischen Aktivitäten zu vier Jahren Haft. Girkin hatte vor seiner Anklage den Kurs der russischen Militärführung im Krieg gegen die Ukraine als auch den Präsidenten Wladimir Putin öffentlich scharf kritisiert. Girkin war einer der Hauptanführer einer pro-russischen Separatistenbewegung in der selbsternannten Donezker Volksrepublik 2014. Wegen seiner Beteiligung am Abschuss des Passagierflugs MH17 im Jahr 2014 liegt gegen ihn ein internationaler Haftbefehl vor.
25.01.2024	Daria Trepowa wird vom Zweiten Gericht des Westlichen Militärbezirks zu 27 Jahren Haft verurteilt. Ihr wird vorgeworfen, dem Kriegspropagandisten Maxim Fomin (auch bekannt als Wladlen Tatarskij) im April 2023 einen Sprengsatz versteckt in einer Statue als Auszeichnung übergeben zu haben und damit für einen Anschlag gegen ihn und dessen Tod verantwortlich zu sein. Bei der Explosion während einer Veranstaltung in St. Petersburg wurden zudem mehr als 50 Menschen verletzt. Dies ist die höchste Haftstrafe, zu der eine Frau in Russlands jüngster Geschichte verurteilt wurde.
25.01.2024	Wie der Russische Dienst der BBC berichtet, ist die Praxis der präsidentialen Straferlasse nach einem Kampfeinsatz in der Ukraine für verurteilte Straftäter:innen eingestellt. Stattdessen wird ihnen eine bedingte Haftentlassung und Rekrutierung bis zum Kriegsende angeboten. Ferner gibt es Beschwerdeapelle an den Präsidenten Wladimir Putin und oder regionale Gouverneure von Soldat:innen der Einheit »Storm-Z«, die zu großer Anzahl aus Strafgefangenen zusammengestellt worden war, über ausbleibende staatliche Zahlungen, fehlenden Sold und versprochene Vergünstigungen.
29.01.2024	Die IKT-Gruppe des russischen Milliardärs Aleksandr Nesis verkauft seine Anteile an »Polymetal International« an den Investmentfonds »Mercury Investments International«, der mehrheitlich im Besitz der omanischen Regierung ist. Damit besitzt »Mercury Investments International« 23,9 Prozent der Anteile und damit die Mehrheit an »Polymetal International«, Russlands zweitgrößtem Gold- und größtem Silberproduzenten. Bereits im August 2023 hatte »Polymetal International« seinen Firmensitz aus Russland nach Kasachstan verlegt und die Absicht bekanntgegeben, sein Russlandgeschäft vollständig aufzugeben. Mit dem Verkauf der Anteile an einen omanischen Investmentfonds sollen laut Firmenangaben die Geschäftsrisiken aufgrund des Verkaufs russischer Vermögenswerte reduziert werden.
29.01.2024	Die russische Zentrale Wahlkommission lässt den amtierenden russischen Präsidenten Wladimir Putin als Kandidaten für die im März stattfindende Präsidentschaftswahl zu. Putin wird als vierter Kandidat registriert. Bisher sind nur Kandidat:innen registriert, die als chancenlos gelten oder Putin unterstützen. Sie mussten als Vertreter:innen der Regierungspartei keine Unterstützer:innenstimmen einreichen. Andere Bewerber:innen haben noch bis zum 31. Januar Zeit, die zur Zulassung notwendige Anzahl an Stimmen nachzuweisen. Putin tritt als Einzelbewerber an und hatte Unterstützungsunterschriften sammeln lassen, die nach stichprobenartiger Prüfung als gültig befunden wurden. Nach Auskunft der Leiterin der Wahlkommission, Ella Pamfilowa, hatte es insgesamt 16 Bewerber:innen gegeben. Bereits im Dezember 2023 war Jekaterina Dunzowa wegen Fehlern in ihren Registrierungsunterlagen vom Verfahren ausgeschlossen worden. Dunzowa gilt als Kritikerin des Kriegs in der Ukraine. Sie legte Einspruch gegen die Entscheidung ein.
30.01.2024	Die EU-Länder verständigen sich darauf, die aufgrund der gegen russische Staatsbürger:innen erlassenen Sanktionen eingefrorenen russischen Vermögenswerte in einen Sonderfonds fließen zu lassen, aus dem künftig Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden sollen. Dabei handelt es sich um Vermögen in Höhe von rund 191 Milliarden Euro und damit um etwa zwei Drittel aller in westlichen Ländern eingefrorener russischer Reserven.
31.01.2024	Der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Dmytro Lubinez gibt bekannt, dass im Rahmen eines Gefangenenaustausches mit Russland 207 ukrainische Soldat:innen in die Ukraine zurückgekehrt seien. Es sei der 50. Gefangenenaustausch seit Beginn des Krieges im Februar 2022 gewesen. Das russische Verteidigungsministerium bestätigte den Austausch, gab jedoch an, es seien 195 russische gegen 195 ukrainische Soldat:innen ausgetauscht worden.

01.02.2024	Der inhaftierte russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj äußert auf der Social Media Plattform »X« seine Unterstützung für einen Vorschlag, demzufolge Menschen, die ihre Opposition gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Ausdruck bringen wollen, am letzten Tag der Präsidentschaftswahl im März mittags in Massen in die Wahllokale strömen sollten. Da die bloße Stimmabgabe gegen Putin nicht ausreiche, sei die Symbolik der Agitation wichtiger als die Abstimmung selbst. Die Idee stammt von Maksim Resnik, im Exil lebender Kritiker der russischen Regierung.
01.02.2024	Der russische Dienst der »BBC« meldet, dass in Russland seit 2018 mindestens 12 Wissenschaftler:innen festgenommen worden seien, die zu physikalischen Prozessen bei Hyperschallgeschwindigkeit forschten. Ihnen wird Hochverrat vorgeworfen. Drei der Inhaftierten sind bereits verstorben. Im Jahr 2018 stellte der russische Präsident Wladimir Putin »weltweit einzigartige« Hyperschallraketen vor. In diesem Jahr begannen auch die Ermittlungen des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB.
01.02.2024	Die russische Wirtschaftszeitung »Vedomosti« meldet, dass türkische Banken seit Jahresbeginn verstärkt Konten russischer Unternehmen zu schließen und die Anforderungen für Privatpersonen aus Russland zu verschärfen. Am 22. Dezember 2023 hatte US-Präsident Joe Biden ein Dekret verhängt, auf dessen Grundlage das US-amerikanische Finanzministerium Strafen gegen ausländische Banken verhängen kann, die gegen Sanktionen gegen Russland verstoßen.
02.02.2024	Das britische High Court in London lässt ein Grundstück beschlagnahmen, das in Besitz Russlands ist. Russland hatte das Grundstück 2006 für rund 8 Millionen Pfund (etwa 9,4 Millionen Euro) erworben. Geklagt hatte die »GML Group«, früherer Mehrheitseigner des zerschlagenen russischen Ölkonzerns »Yukos«. Weltweit laufen derzeit Gerichtsverfahren zur Rückforderung einer den Aktionär:innen des Unternehmens vom Schiedsgericht in Den Haag zugesprochenen Entschädigung von 60 Milliarden US-Dollar.
03.02.2024	Auf einer Demonstration von Angehörigen von Soldat:innen, die im Krieg gegen die Ukraine kämpfen, werden in Moskau mindestens 27 Menschen, darunter vor allem Männer, vorläufig festgenommen. Zu der Protestaktion für ein Ende des Krieges hatte die Organisation »Put domoi« (dt. Der Weg nach Hause) aufgerufen, die von Ehefrauen mobilgemachter Soldaten gegründet worden war. Anlässlich des 500. Tages der Mobilmachung legten sie Blumen am Grab des unbekanntes Soldaten am Kreml nieder.
04.02.2024	Der von Russland eingesetzte Verwaltungschef der ukrainischen Region Luhansk, Leonid Passetschnik, meldet, dass bei einem ukrainischen Angriff auf die seit 2022 von Russland besetzte Stadt Lyssytschansk mindestens 28 Menschen ums Leben gekommen seien. Der Angriff habe einer Bäckerei gegolten. Die ukrainischen Behörden äußerten sich zunächst nicht.
05.02.2024	Der niederländische Mutterkonzern des russischen Technologiekonzerns »Yandex« gibt den Verkauf seiner Anteile am russischen Geschäft an ein Konsortium russischer Investoren bekannt, darunter auch Strukturen des Ölkonzerns »Lukoil«. »Yandex« ist eine der wichtigsten Online-Suchmaschinen in Russland. Der Verkauf bringt »Yandex« erstmals unter Kontrolle ausschließlich russischer Investor:innen. Der Verkaufspreis in Höhe von 475 Milliarden Rubel (etwa 4,8 Milliarden Euro) berücksichtigt bereits den 50 prozentigen Abschlag, zu dem russische Behörden ausländische Investor:innen beim Verkauf ihrer Vermögenswerte verpflichten.
05.02.2024	Das unabhängige russische Nachrichtenportal »Mediazona« berichtet, dass das Leninskij-Bezirksgericht in Saratow die russische Fotografin Inna Mossina zu einer Geldstrafe verurteilt hat, weil sie auf ihrem »Instagram«-Profil eine Regenbogenflagge veröffentlicht hatte. Damit ist sie die erste, die in Russland aufgrund des Zeigens »extremistischer Symbole einer verbotenen Organisation« im Zusammenhang mit dem Verbot der LGBTQ+-Bewegung im November 2023 verurteilt wird. Mossina bestreitet jede Verbindung zur LGBTQ+-Bewegung.
06.02.2024	Der Gouverneur der russischen Oblast Primorje, Oleg Koshemjako, kündigt die Bildung einer Bürgerwehr mit aus dem Krieg gegen die Ukraine zurückgekehrten Soldat:innen an. Bereits Ende Januar hatte der Vizegouverneur der Oblast Leningrad, Michail Iljin, die Bildung von Bürgerwehren, als Reaktion auf die Drohnenangriffe auf Öl- und Gasanlagen in der Region, bekanntgegeben. Auch in anderen russischen Städten und Regionen werden zurzeit Bürgerwehren ins Leben gerufen.
06.02.2024	Der Staatsrat der Russischen Föderation beauftragt das russische Bauministerium, bei der Festsetzung der Tarife für die kommunale Versorgung zukünftig eine Erhöhung der Gehälter der Beschäftigten im Wohnungs- und Kommunalwesen zu berücksichtigen. Damit reagieren die Behörden auf den Arbeitskräftemangel in diesem Sektor. Bisher wurden die Tarife jährlich lediglich an die Inflation angepasst. Die Gehälter der Beschäftigten liegen in der Regel 30 bis 40 Prozent unter den Durchschnittslöhnen in der jeweiligen Region.

06.02.2024	Die russische Tageszeitung »Kommersant« berichtet, dass der russische Energiekonzern »Gasprom« im Jahr 2023 insgesamt 404 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert habe. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Reduzierung um zwei Prozent. 2022 hatte »Gasprom« seine Förderung nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bereits um rund 20 Prozent reduzieren müssen, nachdem der wichtige europäische Absatzmarkt eingebrochen war. Die Produktionsmenge im Jahr 2023 war die niedrigste seit Gründung des Unternehmens vor 34 Jahren. Die Lieferungen nach Europa sanken auf 28 Milliarden Kubikmeter, was in etwa der Menge der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entspricht.
08.02.2024	Der russische Oppositionspolitiker Boris Nadeshdin wird nicht zur Präsidentschaftswahl im März zugelassen. Dies teilte die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation mit und begründete dies damit, dass etwa 15 Prozent der Stimmen, die Nadeshdin für die Zulassung zur Wahl gesammelt hatte, ungültig sein. Die Fehlerquote darf dabei nicht mehr als fünf Prozent liegen. Nadeshdin hatte im Januar deutlich mehr als die erforderlichen 100.000 Unterschriften für eine Zulassung gesammelt. Er kündigte an, die Entscheidung anfechten zu wollen. Zur Wahl sind, neben dem amtierenden Präsidenten Wladimir Putin, zurzeit drei weitere Kandidat:innen zugelassen, die allerdings als aussichtslos gelten.
09.02.2024	In einem Interview mit dem US-amerikanischen Journalisten Tucker Carlson erklärt der russische Präsident Wladimir Putin, Russland habe seine Ziele im Krieg gegen die Ukraine noch nicht erreicht und sei bereit, wieder Verhandlungen aufzunehmen. Seiner Ansicht nach sei bei den Verhandlungen im Frühjahr 2022 keine Einigung erreicht worden, da Deutschland und Frankreich einen vollständigen Truppenabzug gefordert hätten und die ukrainischen Unterhändler:innen dieser Forderung gefolgt seien. Putin erwarte, dass es früher oder später eine Einigung gebe und dass die Beziehungen zwischen den Völkern wieder hergestellt würden, da es sich gewissermaßen um einen Bürgerkrieg handele. Er warf den USA Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine vor und den westlichen Ländern vorsätzliche Einschüchterung der Bevölkerung durch die Verbreitung von Falschnachrichten über die angebliche Bedrohung durch einen globalen Krieg.
09.02.2024	Die Behörden der russischen Region Krasnodar melden einen Drohnenangriff auf die Ölraffinerie »Ilskij«. Die Drohne sei über dem Gelände abgestürzt und habe eine Explosion und einen Brand ausgelöst. Gleichzeitig wurden im Gebiet Krasnodar zwei weitere Drohnen abgeschossen. Auch über den Regionen Brjansk, Orjol und Kursk wurden Drohnen abgefangen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>